

Pressedienst Nr. 16410
Donnerstag, 10. November 2022

EU-Kommission schlägt Maßnahmen zur Entlastung des Düngemittelmarktes vor	1
EU-Kommission forciert schnellere Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien	2
Strengere Regeln für EU-Staaten zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase	3
Expertendiskussion zum Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren im EU-Parlament	4
Österreichische Holzgespräche zum Thema "Wirtschaftsfaktor Holz in Krisenzeiten"	5
Landwirtschaftsminister Totschnig mit Versorgungssicherheitstour in Wien	7

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

EU-Kommission schlägt Maßnahmen zur Entlastung des Düngemittelmarktes vor

Nachhaltige Düngemittelproduktion in der EU forcieren - Verringerung der Abhängigkeit

Brüssel, 10. November 2022 (aiz.info). - Auf die angespannte Marktsituation für mineralische Düngemittel und Energie durch die russische Invasion in die Ukraine hat die EU-Kommission nun mit einer Mitteilung reagiert, in der zahlreiche Maßnahmen und Leitlinien zur Unterstützung von Landwirten und Industrie in der EU angeführt sind. Es geht dabei etwa um eine Priorisierung der Sektoren im Falle einer Gasrationierung, um finanzielle Unterstützungen, pflanzenbauliche Alternativen, die Einrichtung einer Marktbeobachtungsstelle sowie die Verringerung von Importabhängigkeiten. Schwer enttäuscht zeigen sich die EU-Landwirte- und Genossenschaftsverbände COPA und COGECA. Die Mitteilung der Kommission sei praktisch für nichts, bringe nichts Neues gegenüber jener vom März und gebe keinerlei Antworten auf die Verknappungen, mit denen die europäischen Landwirte konfrontiert sind.

EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** sprach von einem drängenden Problem, dem man nicht tatenlos zusehen könne: "Eine rentable Produktion von Düngemitteln in der EU ist eine wesentliche Voraussetzung für unsere strategische Autonomie und unseren kontinuierlichen Beitrag zur globalen Ernährungssicherheit. Eine starke heimische EU-Produktion gewährleistet auch die Einhaltung der weltweit höchsten Umweltstandards und trägt zum Abbau der Spannungen auf den Weltmärkten bei."

Frans Timmermans, der für den Green Deal zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, betonte: "Der nachhaltige Weg in die Zukunft besteht darin, den Schwerpunkt auf Effizienz und Alternativen zu legen. Dies wird auch dazu beitragen, den Druck auf die weltweite Düngemittel-Versorgung zu verringern. Ebenso sollten wir die Gelegenheit nutzen, die Produktion von grünem Ammoniak, das mit erneuerbaren Energien erzeugt wird, auszuweiten. Je effizienter wir sind und je schneller wir auf Alternativen für mineralische Düngemittel umstellen, desto weniger hängen wir von fossilen Brennstoffen ab und desto widerstandsfähiger wird unser Lebensmittelsystem."

Die Maßnahmen auf einen Blick

Konkret schlägt die EU-Kommission in ihrer Mitteilung für den kritischen Sektor vor, dass die EU-Mitgliedstaaten den fortgesetzten und ununterbrochenen Zugang zu Erdgas für Düngemittelhersteller in ihren nationalen Notfallplänen für den Fall einer Gasrationierung priorisieren können.

Zudem sollen die Mitgliedstaaten über den geänderten befristeten Krisenrahmen für staatliche Beihilfen Landwirte und Düngemittelerzeuger gezielt unterstützen können. Mittel, die etwa durch eine Deckelung der Markteinnahmen bestimmter Stromerzeuger und den Solidaritätsbeitrag generiert werden, können - vorbehaltlich der geltenden Bedingungen - auch für die Zwecke nationaler Förderregelungen verwendet werden, führt die Kommission in ihrer jüngsten Mitteilung an. Außerdem will die Brüsseler Behörde gemeinsam mit den Mitgliedstaaten prüfen, ob die "Agrar-Reserve" in Höhe von 450 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2023 für Landwirte genutzt werden sollte, die von hohen Betriebsmittelkosten betroffen sind.

Darüber hinaus schlägt die Kommission für das kommende Jahr die Einrichtung einer Marktbeobachtungsstelle für Düngemittel vor. "Um Daten über Produktion, Verwendung, Preise und Handel auszutauschen", heißt es.

Ferner will die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Landwirte sehr breit einschlägige pflanzenbauliche Maßnahmen anwenden. Dazu zählen beispielsweise Pläne für die Nährstoffversorgung sowie die Verbesserung der Bodengesundheit, Präzisionslandwirtschaft, biologischer Landbau und die Verwendung von Leguminosen in der Fruchtfolge. Die Kommission will die Mitgliedstaaten auch auffordern, bei der Überarbeitung ihrer GAP-Strategiepläne weitere Prioritäten zu prüfen und die Umsetzung solcher Maßnahmen attraktiver zu machen.

Zusätzlich wird der Ersatz von Mineraldüngern durch organische Düngemittel empfohlen, um so die Abhängigkeit der EU von Gas als auch den CO₂-Fußabdruck des Sektors zu verringern. Die Verordnung über Düngeprodukte gewährleiste bereits einen besseren Marktzugang zu Düngemitteln aus Abfällen sowie grünen und zirkulären Alternativen zu Erdgas, wird betont. Auch über das europäische Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe seien 180 Mio. Euro in Projekte zur Optimierung des Nährstoffhaushalts, alternativen Düngung sowie zu naturbasierten Lösungen für das Nährstoffmanagement geflossen. Außerdem kündigt die Kommission an, im Jahr 2023 einen Aktionsplan für ein integriertes Nährstoffmanagement anzunehmen, um eine effizientere Nährstoffnutzung zu fördern. Dabei sollten jedoch die Ausgangslage in den Mitgliedstaaten und der Zero Pollution Action Plan berücksichtigt werden.

Ein weiterer Punkt in der Mitteilung ist, dass die Kommission die Mitgliedstaaten zu Investitionen in erneuerbaren Wasserstoff und Biomethan für die Ammoniakproduktion ermutigt.

Schließlich habe sich die Brüsseler Behörde bereits an alternative Lieferanten von Düngemitteln gewandt, um bisherige Lieferungen aus Weißrussland und Russland zu ersetzen. Bereits im Juli 2022 habe die Kommission vorgeschlagen, Handelszölle für Ammoniak und Harnstoff auszusetzen, die zur Herstellung von Stickstoff-Düngern verwendet werden.

Aber auch auf internationaler Ebene will sich die Europäische Kommission mit gezielten Maßnahmen weiter um eine bessere globale Ernährungssicherheit bemühen. (Schluss)

EU-Kommission forciert schnellere Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien

Neue Dringlichkeitsverordnung vorgeschlagen

Brüssel, 10. November 2022 (aiz.info). - Die Europäische Kommission will die Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien beschleunigen und hat dafür eine befristete Dringlichkeitsverordnung vorgeschlagen. Mehr erneuerbare Energien seien neben der Diversifizierung der Energieversorgung und dem Energiesparen der Schlüssel dazu, Europas Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aus Russland zu beenden. **Frans Timmermans**, Vizepräsident der EU-Kommission, sagte: "Erneuerbare Energie ist für die Europäerinnen und Europäer in dreifacher Hinsicht ein Gewinn: ihre Erzeugung ist billiger, sie ist sauberer und damit besser für unseren Planeten und sie ist frei von russischer Manipulation. Wir halten am erforderlichen

Umweltschutz fest." Der Vorschlag konzentrierte sich auf Bereiche, bei denen es keine Bedenken gebe, beispielsweise Solarpaneele auf Gebäuden und die Erneuerung bestehender Anlagen.

Die Kommission schlägt für das Genehmigungsverfahren für Solarenergieanlagen und die zugehörigen Speicheranlagen und Netzanschlüsse am selben Standort eine Frist von höchstens einem Monat vor, sofern sie nicht auf gewachsenem Boden installiert werden.

Auch die Genehmigung für das Repowering bestehender umweltfreundlicher Kraftwerke im Bereich der erneuerbaren Energien soll gestrafft werden und innerhalb der neuen Frist von höchstens sechs Monaten auch für alle einschlägigen Umweltprüfungen erfolgen. Der Vorschlag sehe ferner vor, dass sich die Umweltprüfungen auf die Bewertung der potenziellen Auswirkungen beschränke, die sich im Vergleich zum ursprünglichen Projekt aus der Änderung oder Erweiterung ergeben. Darüber hinaus soll ein vereinfachtes Verfahren für Netzanschlüsse in Fällen eingeführt werden, in denen sich die Gesamtkapazität durch das Repowering gegenüber dem ursprünglichen Projekt um nicht mehr als 15% erhöht.

Auch Wärmepumpen sieht die EU-Kommission als eine Schlüsseltechnologie für die Erzeugung von Wärme und Kälte aus Umgebungsenergie, um so den Verbrauch von Gas bei der Wärmeversorgung sowohl in der Industrie als auch in Gebäuden zu verringern. Um den Ausbau dieser Technologie zu beschleunigen, werden die Genehmigungsverfahren durch Einführung einer Frist von höchstens drei Monaten sowie eines vereinfachten Verfahrens für den Netzanschluss kleinerer Wärmepumpen gestrafft, teilte die Brüsseler Behörde mit.

EU-Energiekommissarin **Kadri Simson** sagte: "Mit neuen Kapazitäten von beispiellosen 50 Gigawatt, die für dieses Jahr erwartet werden, beschleunigt die EU den Ausbau ihrer erneuerbaren Energien. Um die hohen Energiepreise wirksam zu bekämpfen, die Unabhängigkeit der Energieversorgung zu gewährleisten und die Klimaziele zu erreichen, müssen wir das Tempo jedoch noch weiter erhöhen. Häufig liegen die größten Engpässe in der Genehmigungserteilung, wodurch rasche Fortschritte behindert werden. Die heutigen Vorschläge können bereits in den kommenden Monaten Wirkung zeigen und den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen direkt zugutekommen."

Der Vorschlag ergänzt frühere Notfallmaßnahmen zur Bewältigung der außergewöhnlichen Lage auf den Energiemärkten und zur Beschleunigung der Energiewende. Er gilt für ein Jahr und deckt die Zeit ab, die in allen Mitgliedstaaten für die Annahme und Umsetzung der derzeit von den Mitgesetzgebern erörterten Erneuerbare-Energien-Richtlinie benötigt wird. (Schluss)

Strengere Regeln für EU-Staaten zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgase

Europäisches Parlament und Rat erzielen Einigung

Brüssel, 10. November 2022 (aiz.info). - Die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament haben sich gestern, Dienstagabend, auf verbindliche, höhere Ziele zur Senkung der CO₂-Emissionen in den EU-Staaten geeinigt. Dafür wird die EU-Verordnung zur Lastenteilung überarbeitet. Sie umfasst die Sektoren, die derzeit nicht unter das EU-Emissionshandelssystem fallen, nämlich Verkehr, Gebäude, Abfall und Landwirtschaft. EU-Parlament und -Länder einigten sich, das Emissionsreduktionsziel für diese Sektoren bis 2030 von 29% auf 40% (gegenüber 2005)

anzuheben. Die aktualisierten Ziele für die Mitgliedstaaten liegen zwischen minus 10% für Bulgarien und minus 50% beispielsweise für Deutschland und Dänemark. Österreich muss ein Minus von 48% gegenüber 2005 erzielen. Die Ziele für jeden Mitgliedstaat berechnen sich aus dem Pro-Kopf-BIP und der Kosteneffizienz.

Um diese ehrgeizigeren nationalen Reduktionsziele zu erreichen, muss jeder Mitgliedstaat jedes Jahr erneut sicherstellen, dass sein jährlicher Anteil an Treibhausgasemissionen nicht überschritten wird. Durch die Möglichkeit zur Übertragung, zur Verleihung und zum Speichern von Emissionszertifikaten sollen die EU-Mitgliedstaaten jedoch mehr Flexibilität erhalten.

So soll die Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, Zertifikate mit anderen Mitgliedstaaten zu handeln, für 2021 bis 2025 auf 10% begrenzt werden. Für 2026 bis 2030 ist eine Obergrenze von 15% vorgesehen. Alle Erlöse aus diesem Handel sollten für Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden. Außerdem ist geplant, dass die Mitgliedstaaten im Zeitraum 2021 bis 2025 maximal 7,5% der Zertifikate aus dem Folgejahr leihen können, um sie für Jahre zu verwenden, in denen ihre Emissionen über dem jährlichen Limit liegen. Für 2026 bis 2030 beträgt die Obergrenze 5%.

Auch das Ansparen von Zertifikaten ist möglich. In Jahren, in denen die Emissionen niedriger sind, können die Mitgliedstaaten Emissionen für das folgende Jahr ansparen. 75% der jährlichen Emissionszuteilung im Jahr 2021 können angespart und später verwendet werden. Für 2022 bis 2029 wären dies 25%. Allerdings wird die so genannte zusätzliche Reserve, aus der Mitgliedstaaten zusätzliche Zertifikate erhalten konnten, abgeschafft.

Bevor das neue Gesetz in Kraft treten kann, müssen das EU-Parlament und der Rat die Vereinbarung formell genehmigen. Die Einigung ist der jüngste Schritt des im Green Deal enthaltenen "Fit for 55"-Pakets zur Erreichung der Klimaziele. (Schluss)

Expertendiskussion zum Einsatz von Antibiotika bei Nutztieren im EU-Parlament

Bernhuber: Verantwortungsvoller Einsatz ist gelebte Praxis

Brüssel, 10. November 2022 (aiz.info). - Als Teil der Farm-to-Fork-Strategie plant die EU-Kommission, den Verkauf von Antibiotika für Nutztiere in der EU bis 2030 zu halbieren. Mit dem "European One Health Action Plan" soll dazu eine allumfassende Strategie erstellt werden. "Ein verantwortungsvoller Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung ist bereits jetzt gelebte Praxis, dennoch braucht es weiterhin große Anstrengung, um einerseits Tiergesundheit sicherzustellen und andererseits langfristig den Einsatz von Antibiotika zu verringern", erklärt **Alexander Bernhuber**, Gesundheitssprecher der ÖVP im Europaparlament, der gemeinsam mit der Europäischen Plattform für die verantwortungsvolle Verwendung von Tierarzneimitteln (EPRUMA) zu einer Expertendiskussion ins Europaparlament geladen hatte.

"Antibiotikaresistenzen sind ein ernstes Problem, das wir auf europäischer Ebene gemeinsam bekämpfen müssen. Hier braucht es ein gezieltes Vorgehen der Human- und Veterinärmedizin, um weitere Resistenzen zu verhindern", betonte Bernhuber, der selbst Landwirt ist. Sowohl in der Ausbildung als auch in laufenden Weiterbildungen von Landwirten und Tierärzten werde immer mehr auf alternative Therapieformen hingewiesen und Antibiotika sollten nur nach genauester Diagnose

eingesetzt werden. "Dieser Weg hat sich bereits als überaus erfolgreich erwiesen. In Europa und Österreich werden immer weniger Antibiotika in der Veterinärmedizin verwendet. In Europa ist laut der Europäischen Arzneimittelagentur der Verkauf von Antibiotika um mehr als 43% zurückgegangen. In Österreich wurde in der Nutztierhaltung in den vergangenen zehn Jahren der Einsatz von Antibiotika um mehr als 30% reduziert", verdeutlichte Bernhuber. (Schluss)

Österreichische Holzgespräche zum Thema "Wirtschaftsfaktor Holz in Krisenzeiten"

Hochrangige Spitzenpolitiker und Experten betonten Vorteile einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung

Wien, 10. November 2022 (aiz.info). - Im Rahmen der Österreichischen Holzgespräche trafen sich heuer zum 14. Mal eine Vielzahl von Spitzenvertreterinnen und Spitzenvertretern der Wertschöpfungskette Holz. Erstmals fand die Branchenveranstaltung im Ilse-Wallentin-Haus der Universität für Bodenkultur Wien statt. Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft **Norbert Totschnig** nahm ebenso an der Veranstaltung teil wie die Abgeordnete zum Europäischen Parlament **Simone Schmiedtbauer**, die über die Bedeutung von Europas Wäldern als Antwort auf die zahlreichen Herausforderungen der Zukunft referierte. **Georg Schöppl**, Vorstandssprecher der Österreichischen Bundesforste AG, zeigte auf, wie eine aktive nachhaltige Waldbewirtschaftung den klimafitten Wald sichert. Die Wirtschaftsexpertin **Anna Kleissner** von Econmove erläuterte die wirtschaftliche Bedeutung der Wertschöpfungskette und das Potenzial des Roh- und Werkstoffes Holz.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Sektionsleiterin Maria Patek aus dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und dem Vizerektor der Universität für Bodenkultur Gerhard Mannsberger. Im Rahmen der Tagung zeichnete Totschnig zudem Rudolf Rosenstatter, langjähriger Vorsitzender der Kooperationsplattform Forst Holz Papier (FHP) und Obmann des Waldverbandes Österreich, mit dem Goldenen Ehrenzeichen um die Verdienste der Republik Österreich aus.

Das Motto in diesem Jahr - "Der Wirtschaftsfaktor Holz in Krisenzeiten - zwischen EU-Politik und Rohstoffsicherheit" - stellte die Chancen einer aktiven Nutzung des Rohstoffes Holz und die Versorgungssicherheit Österreichs in Krisenzeiten in den Vordergrund. "Die vermehrte Verwendung von Holz und Holzprodukten ersetzt fossile Rohstoffe sowie CO₂-intensive Produkte und Materialien. Klimaschädliches CO₂ wird zusätzlich langfristig in den Holzprodukten und Holzhäusern gespeichert. Maßnahmen, wie sie auf europäischer Ebene geplant sind, verhindern durch undifferenzierte großflächige Außernutzungsstellungen eine verstärkte Verwendung des nachwachsenden und umweltfreundlichen Werkstoffes Holz. Damit wird nicht nur die Schlüsselrolle von Wald und Holz für den Klimaschutz gefährdet, sondern es droht zusätzlich der Verlust von Arbeitsplätzen und Wirtschaftsleistung", lautete der allgemeine Tenor.

"Der Rohstoff Holz ist ein 'Alleskönner' - er dient als Baumaterial, Kohlenstoffspeicher und Energielieferant. Holz sorgt für Arbeitsplätze und Stabilität, ist klimawirksam und findet Einsatz als Alternative für CO₂-intensive Materialien. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erwartungen an den Rohstoff Holz sind hoch, jedoch bei nachhaltiger und ausreichender Holzverfügbarkeit der beste Weg in die Zukunft. Herausfordernde Zeiten verlangen realistische und zukunftsorientierte

Rahmenbedingungen zur Stärkung von verlässlichen Partnern während der Krise", bekräftigte der FHP-Vorsitzende **Erich Wiesner**

"1 m³ Holz bindet in etwa 1 t CO₂. Holzprodukte sind Kohlenstoffspeicher und wirken also wie ein zweiter Wald. Nachhaltige Holzverwendung ist also aktiver Klimaschutz", betonte Totschnig. "Die nachhaltige Waldbewirtschaftung ist die Basis für die gesamte Wertschöpfungskette Forst-Holz-Papier, die rund 300.000 Arbeitsplätze sichert und über 20 Mrd. Euro Bruttowertschöpfung erwirtschaftet. Die Nutzung von Holz ist außerdem eine nachhaltige Alternative zu fossilen Rohstoffen. Mit dem Waldfonds und der Österreichische Holzinitiative, haben wir ein klares Zeichen zur Anwendung von naturbasierten Lösungen durch die verstärkte innovative, stoffliche und energetische Verwendung des nachhaltigen Rohstoffes Holz geschaffen", so Totschnig und verwies auf die Plattform www.waldfonds.at.

Schmiedtbauer: Nachhaltige Waldbewirtschaftung entscheidend

"Unsere nachhaltige Waldbewirtschaftung ist entscheidend für das Gelingen der Wende hin zu einem unabhängigeren, grüneren und innovativeren Europa. Wir brauchen multifunktionale, nachhaltig bewirtschaftete Wälder, wenn wir unsere Energieversorgung künftig selbst in die Hand nehmen und zugleich unsere Klima- und Umweltschutzziele erreichen wollen. Ob als nachhaltige Quelle für Baustoffe und Energie, als grüne Lunge unseres Kontinents oder als Naherholungsgebiet, unsere heimischen Wälder sind ein wahrer Trumpf und die Antwort auf zahlreiche aktuelle Herausforderungen. Daher wollen und müssen wir unsere Wälder nützen. Wir dürfen sie nicht nur schützen und zu Kohlenstoffmuseen verkommen lassen.", erklärte Schmiedtbauer.

"Nirgendwo sonst lässt sich Ökologie und Ökonomie so gut verbinden wie im Wald. Nachhaltig bewirtschaftete Wälder sind ein unverzichtbarer Beitrag zu Klimaschutz und Artenvielfalt. Nachhaltig bewirtschaftete Wälder sind gleichzeitig auch die Grundlage für zwei der wichtigsten Wirtschaftsstandbeine Österreichs: Holzwirtschaft und Tourismus. Wir müssen daher intensiv dafür werben, dass wir uns eine breite Akzeptanz für diese nachhaltige Bewirtschaftung unserer Wälder erhalten", unterstrich Schöppl.

"Bereits heute ist jeder 15. Arbeitsplatz in Österreich unmittelbar oder mittelbar mit der Forst- und Holzwirtschaft verbunden. Zu erwarten ist, dass der Wirtschaftsfaktor Holz noch weiter an Bedeutung gewinnen und eine wichtige Rolle in der Bewältigung von Energie- und Klimakrise sowie der Reduktion von Abhängigkeiten einnehmen wird", hielt Wirtschaftsexpertin Kleissner fest.

Branchenplattform FHP

Die Kooperationsplattform Forst Holz Papier (FHP) ist nach eigenen Angaben ein europaweit einmaliger Zusammenschluss aller mit dem Roh-, Wert- und Werkstoff Holz tätigen Branchen, von der Urproduktion über die Weiterverarbeitung in der Säge-, Platten- und Papierindustrie bis zum Holzbau und Holzhandel. Rund 300.000 Menschen beziehen laut FHP in über 172.000 Betrieben in Österreich ihr Einkommen aus dem Werkstoff Holz. Der Produktionswert der gesamten Wertschöpfungskette betrage dabei rund 12 Mrd. Euro, der durchschnittliche Exportüberschuss rund 4 Mrd. Euro. Die Wertschöpfungskette Holz sei somit ein wichtiger Faktor für die österreichische Volkswirtschaft. (Schluss)

Landwirtschaftsminister Totschnig mit Versorgungssicherheitstour in Wien

Stadtlandwirtschaft als Musterbeispiel für Genuss, Nachhaltigkeit und Frische

Wien, 10. November 2022 (aiz.info). - Die Versorgungssicherheitstour führte Landwirtschaftsminister **Norbert Totschnig** diesmal nach Wien. Auch hier sprach er mit Bäuerinnen und Bauern über aktuelle Herausforderungen und die Chancen der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023. "In Wien zeigt sich deutlich, dass unsere regionalen Produkte ein verbindendes Element zwischen Stadt und Land, wie auch zwischen Konsumenten und Produzenten sind. Die Wiener Stadtlandwirtschaft ist ein Musterbeispiel für Genuss, Nachhaltigkeit und Frische. Ich danke der Stadt Wien und der Landwirtschaftskammer Wien für die gute Zusammenarbeit und für Ihre Initiativen - wie die regionale und biologische Beschaffung von Lebensmitteln", unterstrich Totschnig

Um heimische bäuerliche Familienbetriebe bestmöglich zu unterstützen und so die Versorgung der Bevölkerung mit regionalen Produkten zu gewährleisten, habe die Bundesregierung umfassende Entlastungspakete geschnürt. "Dazu gehören unter anderen 9 Mio. Euro für den geschützten Anbau, die für unsere Wiener Glashaus-Betriebe besonders wichtig sind und Ende September bereits ausgezahlt wurden. Außerdem erarbeiten wir derzeit einen 120 Mio. Euro Stromkostenzuschuss für die landwirtschaftliche Produktion", führte der Minister aus.

Landwirtschaftskammer Wien-Präsident **Franz Windisch** betonte, dass die Stadtlandwirtschaft der erhöhten Umweltsensibilität der Wiener Bevölkerung bereits in der Vergangenheit stets Rechnung getragen habe. "Mit dem neuen Umweltprogramm der GAP ab 2023 und dem Bio-Aktionsprogramm des Landes Wien kann nun der bereits eingeschlagene Weg einer biodiversitätsfördernden Ökologisierung konsequent fortgesetzt werden", so Windisch.

Klimastadtrat **Jürgen Czernohorszky** strich Wien als eine der weltweiten Städte mit der höchsten Lebensqualität hervor. "Mitentscheidend dafür ist ganz besonders auch das einzigartige Ausmaß an Grünraum, über das Wien verfügt. Ein wesentlicher Teil davon - fast 14% - wird von den Wiener Bäuerinnen und Bauern für die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten in hervorragender Qualität und Vielfalt genutzt", machte Czernohorszky deutlich und weiter: "Bei vielen Produkten, vor allem bei Gemüse - Gurken, Salat, Paradeiser etc. - aber auch bei Getreide und Wein, kann die Stadtlandwirtschaft die Wiener Bevölkerung zu einem bedeutenden Maß selbst versorgen. Gerade die aktuelle, durch Ukrainekrieg verursachte Krise, verdeutlicht im Hinblick auf die Versorgungssicherheit die enorme Bedeutung einer regionalen, ökologisch ausgerichteten, qualitativ hochwertigen landwirtschaftlichen Produktion, wie wir sie in Wien haben und die wir als Stadt unterstützen." (Schluss)